

Koalitionsstreit über Betreuungsgeld nimmt kein Ende

Rösler: Nicht gegenfinanziert / Seehofer: Ist vereinbart / Merkel: Wichtiges Vorhaben

Lt./ff. BERLIN/MÜNCHEN, 21. Oktober. Während CDU und CSU am Wochenende ihre Entschlossenheit zur Einführung eines Betreuungsgeldes bekräftigt haben, ist das Vorhaben vom FDP-Vorsitzenden Philipp Rösler neuerlich in Zweifel gezogen worden. Rösler sagte der Zeitung „Bild am Sonntag“, das Modell der Union koste viel Geld, es sei nicht gegenfinanziert „und eine Bildungskomponente fehlt völlig“. Rösler verlangte: „Daran muss gearbeitet werden, wenn es überhaupt kommen soll.“

Der FDP-Vorsitzende stellte die Einführung des Betreuungsgeldes unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit; er sagte, im nächsten Jahr werde es voraussichtlich wegen der weltwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland nur ein geringes Wirtschaftswachstum geben; gerade deshalb müsse auf „solide Haushalte“ ge-

achtet werden. Rösler griff auch die Vorhaben von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) an, indem er sagte: „Schädlich sind solche nicht finanzierten Vorschläge wie eine Großelternzeit oder die beitragsfinanzierte Zuschussrente.“

Rösler bekräftigte hingegen die Absicht der FDP, eine Abschaffung der Praxisgebühr durchzusetzen und die Stromsteuer zu senken. Im Blick auf eine geplante Sitzung des Koalitionsausschusses von Union und FDP am 4. November sagte er: „Wir müssen das Geld den Menschen zurückgeben, die es hart erarbeitet haben.“

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer forderte hingegen die FDP auf, ihren Widerstand gegen das Betreuungsgeld aufzugeben. Auf dem CSU-Parteitag in München

sagte Seehofer, diese familienpolitische Leistung sei in der Koalition vereinbart worden und müsse auf den Weg gebracht werden. Es gehe um die Verlässlichkeit der Koalition.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Volker Kauder, versicherte der CSU auf dem Parteitag, dass das Vorhaben durchgesetzt werde. Union und FDP müssten Handlungsfähigkeit zeigen; es dürfe keine „Reibereien und internen Diskussionen“ mehr geben. Die Koalition müsse ihre „Außen-darstellung“ verbessern. Zuvor hatte schon die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem CSU-Parteitag das Betreuungsgeld als ein wichtiges Vorhaben bezeichnet, das weiterhin ihre Unterstützung habe. (Siehe Seite 3, Kommentar Seite 10 sowie Wirtschaft, Seite 11.)